Sehr geehrte Damen und Herren,
Ziel meines Statements ist eine gedankliche Reise durch ein bewegtes und bewegendes Jugendarbeits-Jahr 2010, die Erinnerung also vor allem an den einen oder anderen Höhepunkt des gemeinsamen Bemühens um ein Innehalten der Politik in Kürzung und Streichung.
Es ist aber auch der Blick nach vorn, auf einen Doppelhaushalt, der die nach 2010 bereits gespannte Situation nicht etwa entkräftet, sondern sie vielmehr durch ein „Weiter so" verschärft. Dieser Vortrag soll sich davon ausgehend mit absehbaren Auswirkungen der Kürzungen auf Kinder und Jugendliche einerseits, aber auch auf die damit Befassten, also ehren- und hauptamtliche Fachkräfte sowie Träger von Einrichtungen und Angeboten beschäftigen, auch wenn die eine oder andere kleine Kelle Mehr an öffentlicher Förderung mittlerweile vielleicht das Schlimmste verhindern mag. Glaubt man den Koalitionären, ist zum einen das Ende der Fahnenstange, und sie meinen damit „der Kürzungen" nicht erreicht und zum anderen ist das derzeitige „Einlenken" vermutlich politischem Druck und nicht wachsender Erkenntnis geschuldet.

Was also ist passiert im Jahr 2010. Zwei wesentliche Punkte für mich sind die Entwicklungen in der Förderpolitik des Landes und die Tatsache, dass das Kinder- und Jugendhilfegesetz mit 20 Jahren einen runden Geburtstag begeht. Eigentlich ein Grund, es zu feiern und sich zu freuen, dass es mit ihm Bedingungen gibt, die das Aufwachsen eines jeden Kindes und eines jeden Jugendlichen befördern soll. Welch Glück eigentlich, dass die geschichtliche Entwicklung derartige Haken geschlagen hat und die Väter und Mütter des KJHG das plötzliche Ende der DDR nicht vorhersehen und Maßnahmen oder besser vielleicht Paragraphen entwickeln konnten, die das Gebiet der DDR auch in der Jugendhilfe mit Ausnahmen gepflastert hätte. So konnten engagierte Frauen und Männer ab 1990 mit hochgekrempelten Ärmeln couragiert

ans Werk gehen und eine bunte, aber vor allem leistungsfähige Jugendhilfelandschaft nach dem Willen des Gesetzes entwickeln. Plötzlich galt es dort, wo früher das Ministerium für Volksbildung das Zepter in der Hand hielt, bisher unbekannten Begriffen wie Jugend- und Jugendverbandsarbeit, außerschulische Lernorte, Jugendsozialarbeit, freien Träger oder offene Angebote Leben einzuhauchen und sie zu entwickeln. Da gehörten Mut, Nerven, ein bisschen Idealismus und vor allem viel, viel Engagement dazu, um diese Leistung zu stemmen. Glücklicherweise haben sich viele Menschen von den Bergen an Arbeit nicht abschrecken lassen und haben in Vereinen, Organisationen, aber auch in Ämtern zugepackt und losgelegt. Sie können heute zu Recht als die Väter und Mütter der sächsischen Jugendhilfelandschaft und ihnen unser Dank gelten, denn sie haben bewiesen, dass das Kinder- und Jugendhilfegesetz Chance ist und nicht Last. Dieser Eindruck vermittelt sich jedoch bei einer Reihe heute politisch Verantwortlicher nicht immer. Oder ist es nicht traurig, dass es mittlerweile kaum noch als Errungenschaft, sondern eher als lästiges Übel gilt, dass ein Wunsch-und Wahlrecht eine gewisse Vielfalt an Angeboten und damit auch Trägern erfordert, um tatsächlich JEDEM Kind eine reelle Chance auf die Umsetzung des gesetzlichen Willens nach Förderung seiner Persönlichkeit zu geben? Ist es nicht ernüchternd für all jene, die Zeit, Nerven und Engagement weit über das normale Maß aufbringen, dass eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen öffentlichem und freiem Träger letztlich darauf hinausläuft, dass z. B. überörtliche Träger irgendwann Ende Dezember 2010 erfahren, ob sie fachlich genug sind, um am 1.1.2011 noch förderwürdig zu sein? Warum setzen sich Fachkräfte in Jugendhilfeausschüssen hin, ermitteln Bedarfe, prüfen Strukturen und schreiben die sich daraus ableitenden Konsequenzen in eine Jugendhilfeplanung, wenn es am Ende doch ausschließlich die Jugendhilfe nach Kassenlage gibt? Wo ist bei solchen Verfahren die an

vielen Stellen des Gesetzes intendierte Orientierung an den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen? Muss man Anhörung und Beteiligung von Ausschüssen per se als unter allen Umständen zu umgehende Einmischung verstehen oder darf man es auch als Chance begreifen, Dinge im Entwurf einer Richtlinie oder eines Gesetzes noch vor seiner Verabschiendung zu erkennen, die aus Sicht von Fachexperten schlecht praktikabel sein könnten? Welches Ziel steckt dahinter, wenn immer mehr freie Träger im Kampf um Fördermittel auf der Strecke bleiben? Wird aus dem eigentlich angestrebten Vorrang freier Träger irgendwann wieder eine staatliche Jugendhilfe? Es gäbe an dieser Stelle noch so viele Fragen, aber ich will Sie damit nicht langweilen. Eine vielleicht zum Abschluss noch: Wissen Sie, wie häufig die beiden Worte „verfügbare Haushaltsmittel" im KJHG gemeinsam auftauchen? Genau einmal! Allerdings entfalten sie damit eine derartige Wirkung, dass sie letztlich das gesamte Gesetz dominieren und nicht nur das, sie reduzieren es auch darauf, wie wir es im Jahr 2010 in noch nie dagewesenem Umfang erleben mussten.

Ich komme zum zweiten Teil meiner Ausführungen, zu den Kürzungen in den zurückliegenden Monaten. Wenn ich mich an den Beginn des Jahres 2010 zurück erinnere, wurde bereits Mitte/Ende Januar klar, dass etwas im Gange ist in der Jugendhilfe des Freistaates Sachsen. Es hat dann immer noch Wochen gedauert, bis Konkretes auf dem Tisch lag. Ich denke, jede oder jeder von Ihnen hat mittlerweile in irgendeiner Weise damit zu tun gehabt. Sei es, dass jemand als politisch Verantwortlicher für oder gegen die Kürzungen ist oder als Sozialarbeiter oder Streetworker von dem knapp 30%igen Absenken der kommunalen Jugendpauschale oder als Jugendbildungsreferent von den in gleicher prozentualer Höhe gekürzten Mitteln im überörtlichen Bereich betroffen ist. Egal auf welcher föderalen Ebene es passiert ist, die Konsequenzen

sind die gleichen, die Auswirkungen sicher auch.

War es zunächst noch die Befürchtung, dass die Städte und Gemeinden nicht in der Lage sein könnten, die entstehenden Defizite in Höhe von bis zu 560.000 Euro je Landkreis oder kreisfreier Stadt auszugleichen, ist diese Vorahnung mittlerweile zur bitteren Erkenntnis gereift. Nach derzeitigem Kenntnisstand sind weder die Landkeise noch die kreisfreien Städte in der Lage, die durch die Kürzung der Jugendpauschale im laufenden Jahr 2010 entstehenden Konsequenzen auch nur annähernd auszugleichen. Verschiedene Wege wurden in den letzten Monaten beschritten, um die nicht erwarteten Defizite auszugleichen oder wenigstens mit ihnen umzugehen. Seit August 2010 jedoch ist klar, der Freistaat Sachsen bleibt dabei... über vier Millionen Euro pro Jahr gehen weniger in die Jugendarbeit der Landkreise und kreisfreien Städte. Die prekäre finanzielle Situation in den Gemeinden degradiert die Hoffnung, diese könnten sich in erweitertem Umfang am Ausgleich der entstehenden Defizite in der Jugendpauschale beteiligen, zum WolkenKuckucksheim.

Wir erleben in einer Reihe von Kreisen eine zunehmende Konzentration auf jene Angebote, ohne die es nicht geht oder ohne die es nach der politischen Betrachtung nicht gehen soll. Das eine präventiv orientiere Kinder-und Jugendarbeit aus Sicht der Regierungskoalition da nicht hingehört, beweist sie seit mehreren Monaten beharrlich. Die Folgen einer solchen Politik werden meiner Ansicht nicht lange auf sich warten lassen und ungefähr so aussehen:

Mit den Kürzungen riskiert der Freistaat Sachsen die Vielfalt der Träger und die Lebensweltorientierung der Jugendarbeit. Ersteres, ein Weniger an Trägern, wird ihm angesichts der dann nicht mehr vorhandenen und auch nicht um Förderung nachsuchenden Strukturen vielleicht noch gar

nicht so unrecht sein. Zweiteres, also die Lebensweltorientierung zu riskieren, die ja eben auch durch Vielfalt sichergestellt wird, ist gefährlich und widerspricht offensichtlich auch dem Willen der Staatsregierung, wenn wir Ministerin Clauß Ende Oktober am Rande einer Veranstaltung richtig verstanden haben. Da sagte sie nämlich: „Die Idee, jungen Menschen Raum für Träume, Wünsche und Bedürfnisse zu geben und sie dabei zu unterstützen, ihre Gedanken und Ideen auch umzusetzen, das ist für mich Beteiligung." Recht hat sie, leider ergreift sie gerade die falschen Mittel, um diese Beteiligung auch dauerhaft und nicht nur mit Hilfe einzelner Leuchtturmrojekte sicherzustellen.

Doch weiter mit den erwartbaren Auswirkung der derzeitigen sächsischen Jugendpolitik:

In Sachsen wurde und wird zum einen durch die öffentliche Hand viel Geld investiert, um sich durch Studien oder Untersuchungen, wie zuletzt den 3. Sächsischen Kinder- und Jugendbericht, klare Aufgaben im Bereich der Jugendarbeit ins Hausaufgabenheft schreiben zu lassen. Zum anderen beschäftigen sich unzählige Fachkräfte mit der Erstellung von Jugendhilfeplanungen, die ausgehend von einer Bestands- und Bedarfsanalyse Mindestanforderungen für die Umsetzung der festgestellten Bedarfe formuliert. Warum das alles, wenn anschließend das Geld fehlt, um es finanzieren zu können. Das ist ein wenig, als würde man mit dem Bedarf Hunger in den Bestand Restaurant gehen und ganz bewusst das Portemonnaie zu Hause liegenlassen. In diesem Zusammenhang sei mir ein kleiner Ausflug in die deutsche Sprache erlaubt. Bedarf ist, so kann man es an verschiedenen Stellen nachlesen: „Die zum Erreichen eines bestimmten Zieles erforderliche Menge, Intensität, Dauer bzw. der hierzu erforderliche Aufwand." Übersetzt in die aktuelle Situation bedeutet dies, dass zum Erreichen des Ziels der Jugendhilfe nach § 1 SGB VIII, also der Verwirklichung des Rechts eines

jeden jungen Menschen zur Förderung seiner Entwicklung ein bestimmter Aufwand notwendig ist. Nicht zuletzt wird dieser regelmäßig in den schon genannten Jugendhilfeplanungen abgebildet. Was allerdings alles aus Bedarfen werde kann, haben wir in diesem Jahr hinreichend erfahren. Zur Erinnerung: Erst im September 2009 beschloss der sächsische Landesjugendhilfeausschuss die auf den Erkenntnissen des Dritten Kinder- und Jugendberichts basierende aktuelle überörtliche Jugendhilfeplanung. Nur 5 Monate später gilt lediglich der Satz aus der damaligen Vorlage des LJHA: „Der Beschluss ergeht vorbehaltlich der durch den Freistaat Sachsen zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel". Aus einem festgestellten Bedarf von mindestens 3,7 Mio. Euro werden auf Landesebene kurzerhand knapp 2,6 Mio....Hier folgt der Bedarf den Finanzen. Umgekehrt hätte es allerdings mehr Sinn, mglw. nicht für den Finanzminister oder den Kämmerer, aber für Kinder und Jugendliche.

Aber wieder zurück zu den Konsequenzen der Kürzungen für die Jugendhilfelandschaft. Uns kommen die Fachkräfte abhanden, teils durch Kündigung, teils durch die Widrigkeiten der Arbeitsbedingungen. Die Folgen sind fehlende Angebote, geschlossene Einrichtungen und Entstrukturierung der Jugendhilfelandschaft speziell in den ländlichen Räumen. Auch wenn folgendes Argument gern als populistisch abgetan wird, aber die ländlichen Räume werden nicht immer ohne Struktur bleiben, nur werden es Anbieter sein, die mit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung wenig am Hut haben. Fehlende Fachkräfte bedeuten mangelndes Monitoring von Jugendkulturen, deren Entwicklungen und Trends. Hier können sich Räume für gesundheits-, oder demokratiegefährdende Kulturen und Strömungen öffnen, die entweder nicht mehr festgestellt werden oder denen niemand mehr begegnen kann, weil keiner mehr da ist.

Die Soziale Arbeit ist auf Förderung angewiesen und das wird sie, sollte

sich ihr gesetzlicher Auftrag nicht grundlegend wandeln, auch bleiben. Bleiben nun die öffentlichen Gelder aus, führt das dazu, dass Träger einen steigenden Anteil an eigenen Mitteln erwirtschaften müssen, um zum einen für den Freistaat Sachsen arbeiten zu dürfen und zum anderen Angebote unterbreiten zu können. Steigende Teilnehmerbeiträge drücken freie Träger in die direkte Konkurrenz zu kommerziellen Anbietern, also jenen, die auf Gewinnstreben und eben nicht auf Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen ausgerichtet sind. Der Blick eines freien Trägers muss in die Richtung finanzkräftiger Zielgruppen schweifen, fatal für die Integrationsbemühungen um sozial schwächere Kinder und Jugendliche.

Jugendarbeit ist ein wichtiges Lernfeld für junge Menschen und hat eine herausragende Bedeutung bei der Ausbildung sozialer Kompetenzen. Bereits heute lamentieren Industrie und Handwerk darüber, dass sie viel Geld in die Hand nehmen müssen, um fehlende soziale Kompetenzen gemeinsam z.B. mit der Agentur für Arbeit in zusätzlichen Maßnahmen zu entwickeln. Man muss kein Prophet sein, um abzusehen, dass diese Entwicklung sich weiter verschärfen wird. Die Bildung von Kindern und Jugendlichen ist eben nicht zum Nulltarif zu haben, das gilt für schulische, wie auch für die außerschulische gleichermaßen. Schade ist nur, dass erst dann, wenn Industrie und Handwerk Mangel anzeigen, scheinbar Wege und Mittel gefunden werden.

Wir sind bei der nächsten Konsequenz: Die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule gerät in Gefahr, weil die schon immer bestehenden strukturellen Unterschiede beider Institutionen durch die Kürzungen weiter verschlechtert werden. Freie Träger werden zunehmend weniger in der Lage sein, Angebote an Schulen zu unterbreiten, weil sie dies strukturell und personell nicht mehr leisten

können. Jugendhilfe als Teil eines nötigen Netzwerkes, um Übergänge zu gelingenden Biografie- aber auch Bildungsverläufe zu ermöglichen gerät unter Druck, der sich gesellschaftlich bemerkbar machen wird.

Jede Organisation, die in der letzten Zeit in der Lage war, eine Stelle auszuschreiben, hat eine wesentliche und schon kurz angesprochene Konsequenz bereits bemerkt: Die Fachkräfte werden knapp. Zum einen verlieren Kinder und Jugendliche damit direkte Ansprechpartner, aber eben auch Träger ihre Experten und somit ihre Leistungsfähigkeit, aber vor allem ihre Fachlichkeit. Die Rahmenbedingungen für eine an den Lebensumständen von Kindern und Jugendlichen orientierte Arbeit sind, jeder von Ihnen weiß das, äußerst komplex und erfordern ein hohes Maß an Beratung-, Qualifizierungs- und Reflexionsmöglichkeiten sowohl für haupt- als auch für ehrenamtlich Tätige. Die Möglichkeiten dafür schwinden jedoch mit den Kürzungen und bedrohen beide für eine gelingende Jugendarbeit unerlässlichen Bereiche existenziell. Ehrenamtliche Strukturen verlieren notwendige fachliche Unterstützung und organisatorische Begleitung. Politisch Verantwortliche reduzieren dabei gern auf den kostenlosen Aspekt des Ehrenamts, auf deren Leistung nämlich. Dass in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen z. B. ein immenses Maß an Wissen und Kompetenzen dazugehört, die nicht unbedingt angeboren sind oder gar vom Himmel fallen, sondern in Schulungen und mit organisatorischem Aufwand unterstützt werden müssen, bleibt dabei gern unberücksichtigt.

Hauptamtliche Fachkräfte haben neben den steigenden Erwartungen an die Leistungen ihres Arbeitsfeldes zunehmend mit einer demotivierenden Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Da reduziert sich die Vergütung, weil Vollzeitstellen auf Teilzeitstellen gekürzt oder Träger aus dem Tarif aussteigen müssen, weil sie sich die geforderte Eigenbeteiligung nicht mehr leisten können. Da steigt die Zahl der

befristeten Arbeitsverträge und die damit einhergehende soziale Unsicherheit, weil die öffentliche Hand nicht verlässlich fördern will, sich auf die Jährlichkeit zurückzieht und Projektförderung präferiert. Und wir, die freien Träger erreichen Politik nicht mit unserer Warnung, dass dieses ewige Hinterherjagen hinter Projektgeldern, dieses Verbrauchen von Ressourcen, um ständig neue Ideen zu entwickeln oder alte in neue Schläuche zu gießen, in der jetzigen Intensität am Ende eine Verschwendung von Ressourcen ist.

Eine weitere bedenkliche Entwicklung ist, dass hochqualifizierte Fachkräfte ihre Arbeit zunehmend nicht geachtet fühlen und eingedenk der ebene beschriebenen Arbeitsbedingungen schlussendlich für Sachsen eine fatale Entscheidung und abwandern. Dies tun sie im Sinne des Wortes in andere Bundesländer, aber sie tun es auch in vermeintliche Zukunftsbereiche, wie z. B. Kita. Diesen Trend wird auch die geplante millionenschwere Imagekampagne des Freistaates Sachsen nicht verhindern, die Berufsgruppe der Sozialarbeiter wird ausbluten. Die ersten Aderlässe hat es in diesem Jahr bereits gegeben. Es bleibt abzuwarten, wie lange es dauert, bis wir als Gesellschaft, dem Programm „Aufbau Freier Träger – kurz AFT" Anfang der 1990er gleich, Millionen in die Hand nehmen müssen, um Strukturen zu reaktivieren, damit Kinder und Jugendliche für die in sie gesetzten gesellschaftlichen Erwartungen gefördert, gebildet und erzogen werden können, denn dazu braucht es außerschulische Angebote nachweislich. Ob dann allerdings die notwendigen Fachkräfte noch zur Verfügung stehen, ist mehr als fraglich.

Dies vielleicht zu den offensichtlichen Auswirkungen, die sich mit den in der Jugendarbeit vorgenommenen Kürzungen 2010 fortfolgende verbinden. Neben diesen werden aber auch andere Entwicklungen im sächsischen Haushalt erhebliche Auswirkungen auf junge Menschen in diesem Land haben. Die eine oder andere Kürzung wurde zwar in den

letzten Tagen abgemildert, dennoch tragen die Einschnitte bei z.B. den freiwilligen Diensten, der Förderung ehrenamtlichen Engagements, der Verbesserung der Teilhabe sozial benachteiligter Jugendlicher, der Familienbildung, -erholung und beratung, im Schulhausbau, bei der Qualitätssicherung der Kita-Betreuung, der Förderung der Studentenwerke oder im ÖPNV nicht zur Verbesserung der Bedingungen des Aufwachsens junger Menschen in Sachsen bei, im Gegenteil.

In den Augen und Ohren derer, die gerade keine andere Chance für den Freistaat sehen, als die Jugendarbeit zu kürzen, mögen die benannten Auswirkungen intendieren, dass es um ein deutliches Mehr an Fördermitteln für Freiwilligendienst, Jugendverbandsarbeit, Jugendsozialarbeit & Co. geht. Und ja, um es an dieser Stelle auch noch einmal deutlich zu sagen, ja, diese Politik ist falsch, kurzsichtig und wir in naher Zukunft auch teurer sein. Dennoch ist es sicher. nicht die Tatsache der Kürzungen allein, die dieses Jahr 2010 und all seine gesellschaftlichen Entwicklungen so unerträglich machen.

In schwierigen Situationen, wie wir sie in Sachsen zweifelsfrei gerade erleben, sind alle zur Suche nach Kompromissen aufgerufen, zum Aufeinanderzugehen, zum Infragestellen eigener Überzeugungen im Interesse der gemeinsamen Sache und Lösung, zum Verhandeln und miteinander Sprechen, zur Ehrlichkeit, Offenheit und zu Vertrauen. Mehr denn je ist dieses Land auf Kompromisse und auf eine gemeinsame Kraftanstrengung angewiesen. In der politischen Diskussion hören wir jedoch seit Monaten eine einzige Aussage: „Die Kürzungen sind alternativlos." Was eigentlich ist an der Jugendarbeit so Fürchterliches, dass der Freistaat Sachsen eine Rücknahme der Kürzungen, die

tatsächlich vergleichweise der vielbeschworene Peanuts sind, so scheut? Es gibt keine Bewegung in der Jugendpauschale und keine im überörtlichen Bereich, warum? Was ist an unserer Arbeit so viel schlechter als an den Bereichen, für die täglich verkündet wird, dass es zumindest ein Weniger an Kürzungen gibt. Von einem tatsächlichen Mehr im Vergleich zu 2009 geht ja schon gar niemand mehr aus.

Es ist und hier spreche ich von meinen Erfahrungen auf der Landesebene, diese argumentfreie Ablehnung, diese mangelnde Bereitschaft, offen die eigenen Vorhaben zu kommunizieren, die fehlende ergebnisoffene fachliche Diskussion zwischen Partnern, das tatsächliche Ringen um einen Kompromiss, die fehlenden Perspektiven oder wenigstens Übergänge, die offene Missachtung fachlicher Gremien, die die Situation so unerträglich machen. Vielmehr müssen sich Menschen, die mit Hilfe von Demonstrationen und Kundgebungen in den letzten acht Monate öffentlich artikulierten, dass sie die Kürzungen für falsch halten, als Besitzstandswahrer abkanzeln und sich sagen lassen, dass man schließlich für die Menschen Politik mache und nicht für Verbände. Besitzstandswahrer? Wem gelingt es eigentlich seit Jahren, Pfründe zu sichern? Der Jugendhilfe? Ich bin kein Betriebswirtschaftler, aber ich lese die letzten Doppelhaushalte im Wesentlichen anders.

Die Jugendarbeit hat schlicht keine Lobby, sie kommt in einer ökonomisch gerpägten Sichtweise von Politik nicht vor, weil sie vermeintlich nur kostet. War es gerade das zwanzigjährige Kinder- und Jugendhilfegesetz, das uns als Kostenfaktor vor noch Schlimmerem bewahrt hat? Vielleicht gelingt es ja mit all den Errungenschaften, die dieses Jahr 2010 aber durchaus auch gebracht hat, den gesellschaftlichen Wert sozialer Arbeit wieder mehr ins Interesse der öffentlichen Wahrnehmung zu rücken.

Ja, auch dieses Jahr hat bei all seinen negativen Schlagzeilen aus meiner

Sicht durchaus Errungenschaften: Denken Sie nur an das Zusammenrücken von Organisationen verschiedener Themenbereiche, die Bildung lokaler und landesweiter Bündnisses von Trägern, die nicht unmittelbar miteinander zu tun haben. Denken Sie an die Tausenden, die gemeinsam unterwegs sind und darstellen, was in Sachsen alles auf dem Spiel steht. Das letzte Jahr hat den Blick geweitet auf Themen anderer Träger, hat Synergien und Kooperationen ermöglicht, unerwartete Gemeinsamkeiten verdeutlicht und Teilen von Sachsen einen solidarischen Geist beschert, der hoffnungsvoll stimmt. Es wird entscheidend darauf ankommen, wie es all jenen, die sich in diesem Jahr auf den Weg gemacht haben und denen, die dazukommen werden, gelingt, ins Gespräch mit jenen zu kommen, die das politische Geschehen im Freistaat Sachsen derzeit maßgeblich verantworten. Sachsen hat sich im Bereich der Jugendhilfe viel vorgenommen. Immerhin hat es vor wenigen Tagen der nationalen Umsetzung der europäischen Jugendstrategie zugestimmt. Mit den für den Doppelhaushalt 2011/2012 getroffenen Entscheidungen allerdings werden die mit der Strategie verbunde Forderung nach Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten und Chancengleichheit für alle jungen Menschen im Bildungswesen und auf dem Arbeitsmarkt sowie die Förderung des gesellschaftlichen Engagements, der sozialen Eingliederung und der Solidarität aller jungen Menschen nicht machbar sein.

Wie kann, wie muss es weitergehen in Sachsen? Ich denke, wir haben viel gekonnt, wenn wir, und nun komme ich zum Beginn meiner Ausführungen zurück, den Willen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes ernst- und entsprechende Anstrengungen unternehmen, um diesem bestmöglich gerecht zu werden. Das geht nicht ohne einander. Wir brauchen den Willen der Politik, damit vernünftige und förderliche

Rahmenbedingungen für unsere Arbeit geschaffen werden und der Staat braucht uns, die freien Träger und deren engagierte ehren- und hauptamtliche Mitarbeiter, um seine Aufgabe, die Entwicklung aller jungen Menschen zu unterstützen und zu befördern, im notwendigen Maß umsetzen zu können.

Es wird der Dialog, die gegenseitige Akzeptanz und Wertschätzung, aber auch die Mitbestimmung und das partnerschaftliche Miteinander sein, die die Grundlage für eine breite gesellschaftliche Diskussion darüber bilden, was neben konsoldierten Haushalten lebens- und erstrebenswert ist.

Frau von der Leyen hat auf die Frage nach der derzeit wichtigsten Aufgabe von Politik vor kurzem in einem Zeit-Interview folgendes gesagt: „Entscheidend ist nicht nur, ein Vorhaben durch das Parlament zu bekommen. Wir müssen auch Akzeptanz schaffen. Dafür müssen wir raus aus den Plenarsälen, werben, überzeugen, immer wieder verständliche Sprache finden, genau hinhören, Nuancen wahrnehmen, Argumente aufnehmen."

Wir Sachsen sollten keine Scheu haben vor einem Mehr an Demokratie und Mitbestimmung auf Augenhöhe, im Gegenteil, gerade wir sollten besonders stolz darauf sein und ihr zum Erstarken verhelfen.